

25.10.2016

Niederschrift KT/004/2016

Kreistag

am 27.09.2016 | Aula Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 15:00 Uhr

Ende 16:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Landrat Michael Makiolla

Kreistagmitglieder SPD

Frau Jasmin Beisenherz

Herr Martin Blom

Frau Angelika Chur

Frau Brigitte Cziehso

Frau Aileen Droll

Frau Martina Eickhoff

Herr Bernd Engelhardt

Herr Norbert Enters

Herr Hartmut Ganzke

Herr Jens Hebebrand

Herr Udo Holz

Frau Christine Hupe

Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Frau Ingrid Kroll

Herr Sascha Alexander Kudella

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

Herr Gerd Oldenburg

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Jens Schmülling

Herr Heinz Steffen

Frau Simone Symma

Frau Manuela Werbinsky

Herr Martin Wiggermann

Herr Herbert Ziegenbein

Herr Uwe Zühlke

Kreistagmitglieder CDU

Herr Carsten Böckmann

Herr Günter Bremerich
Herr Peter Dörner
Frau Annika Dresen
Herr Wilfried Feldmann
Herr Stefan Flick
Frau Claudia Gebhard
Herr Wilhelm Jasperneite
Herr Jan-Eike Kersting
Herr Dieter Kleinwächter
Herr Paul-Heinz Kranemann
Herr Herbert Krusel
Herr Olaf Lauschner
Herr Gerhard Meyer
Frau Elke Middendorf
Herr Martin Niessner
Frau Martina Plath
Frau Ursula Schmidt
Herr Carl Schulz-Gahmen

Anwesend bis 16:40 Uhr

Anwesend ab 15:15 Uhr

Anwesend bis 16:13 Uhr

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert
Herr Herbert Goldmann
Frau Sandra Heinrichsen
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Marion Küpper
Frau Stephanie Schmidt
Frau Anke Schneider

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann
Herr Werner Sell

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann
Frau Maria Lipke

Kreistagmitglieder FDP

Herr Dieter Albert
Herr Michael Klostermann
Herr Julius Will

Kreistagmitglieder PIRATEN

Herr Christian Roß
Herr Ralf Schaefer

Kreistagmitglieder FW

Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Herr Dr. Thomas Wilk, Kreisdirektor
Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent
Herr Torsten Göpfert, Dezernent
Herr Dirk Wigant, Dezernent

Frau Sabine Leiß, Leiterin Stabsstelle Planung und Mobilität
Frau Katja Schuon, Leiterin Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung
Frau Susanne Kronenberg, Schriftführerin

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er weist eingangs auf die in der Aula aufgestellten Antennen hin. Diese sollen während der Sitzung eine störungsfreie Funktion der Mikrofonanlage gewährleisten. Er teilt dann mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 15.09.2016 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Herr Landrat Makiolla teilt weiterhin mit, dass er die Tagesordnung aus Dringlichkeitsgründen um zwei Punkte erweitern wolle. Zum einen um die Drucksache 119/16 (Auftragsvergabe im Rahmen des Neubaus der K39n in Unna) und zum anderen um die Drucksache 121/16 (Genehmigung eines am 19.09.2016 gefassten Dringlichkeitsbeschlusses). Auf seinen Antrag hin wird einstimmig beschlossen, den nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung um diese beiden Punkte zu erweitern.

Frau Czieso beantragt die Absetzung des Tagesordnungspunktes 9 - „Errichtung der Stiftung Friesendorf“ (DS 100/16), da die SPD-Fraktion in dieser Angelegenheit noch Beratungsbedarf habe. Es wird einstimmig beschlossen, den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Sell beantragt die Absetzung des Tagesordnungspunktes 16 – „Ausarbeitung eines Public Corporate Governance Kodex (PCGK) für die Beteiligungen des Kreises Unna“ – Antrag der Linksfraktion vom 11.06.2016 (DS 109/16), da noch Gespräche zu diesem Thema vorgesehen seien. Gegebenenfalls werde der Antrag für die nächste Sitzung des Kreistages neu gestellt. Es wird einstimmig beschlossen, auch diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Weitere Änderungen der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------------------|----------|---|
| Punkt 1 | | Bestellung einer Schriftführerin |
| Punkt 2 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 3 | 117/16/1 | Ersatzwahlen |
| Punkt 4 | 088/16 | Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2016 |
| Punkt 5 | 111/16 | Gesamtstrategie für den Konzern Kreis Unna |
| Punkt 5.1 | 120/16 | Änderung der Anlage zur DS 111/16; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe PIRATEN |

- Punkt 5.2** 123/16 Änderung der Anlage zu DS 111/16; Antrag der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm
- Punkt 6** 092/16 Bildung einer Einigungsstelle nach § 67 LPVG
- Punkt 7** 097/16 Errichtung des dreijährigen vollzeitschulischen Bildungsganges "Allgemeine Hochschulreife (Gesundheit)" gemäß Anlage D der APO-BK am Märkischen Berufskolleg Unna zum Schuljahr 2017/2018
- Punkt 8** 098/16 Projekt "Bildung integriert - Bildungsmonitoring und Bildungsmanagement"
- Punkt 9** 073/16 Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Aufgabenübertragung in der Kriegsopferfürsorge und in der Unterhaltssicherung (USG)
- Punkt 10** 094/16 Errichtung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) für die Aufgabe des Sammelns und Transportierens von Abfällen in der Trägerschaft der Gemeinden Bönen und Holzwickede sowie des Kreises Unna
- Punkt 11** 105/16 Sachstandsbericht über die Weiterentwicklung des MVA Hamm-Verbundes; Anpassung der Beteiligungsstruktur sowie der Gesellschaftsverträge der MVA Hamm Eigentümer GmbH und der MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH
- Punkt 12** 082/16 Gründung der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH und der Westfalentarif GmbH
- Punkt 13** 064/16 Neue VKU-Finanzierung / Refinanzierungsvereinbarung
- Punkt 14** 093/16 Teilfortschreibung des Nahverkehrsplans (NVP) Kreis Unna; Beschluss über die Abwägung der Stellungnahmen
- Punkt 15** 099/16 Einführung einer Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für freilaufende Katzen; Anregung des Tierschutzvereins Unna e.V. gem. § 21 (1) KrO vom 21.07.2016
- Punkt 16** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 17** 114/16 Neubau der Sporthalle am Freiherr-vom-Stein-Berufskolleg in Werne;
Vergabe des Auftrags über die Rohbauarbeiten;
Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses
- Punkt 18** 119/16 Neubau K39n in Unna; Vergabe des Auftrags
- Punkt 19** 121/16 Deckenbau auf zwei Kreisstraßen; Vergabe des Auftrags;
Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses
- Punkt 20** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung einer Schriftführerin

Beschluss

Auf Vorschlag von Herrn Landrat Makiolla wird Frau Susanne Kronenberg zur Schriftführerin für diese Sitzung des Kreistages bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Erörterung

Der Einwohner Herr Wolfgang Barrenbrügge spricht in seiner Funktion als Schatzmeister des Fördervereins Künstlerhaus Buschulte e. V. vor. Herr Buschulte sei ein überregional bedeutender Künstler aus Unna, der Glasfenster gestaltet habe und vor 3 Jahren im Alter von 90 Jahren verstorben sei. Beispiele seiner Kunstwerke seien z. B. in Unna in der Katharinenkirche, im Katholischen Krankenhaus oder auch in dieser Aula des Hellweg-Berufskollegs zu finden. Der Förderverein habe es sich zur Aufgabe gemacht, Atelier und Wohnhaus des Künstlers zu erhalten und dort u.a. Ausstellungen, Malkurse oder Konzerte stattfinden zu lassen. Er frage an, warum der Kreis Unna nicht Mitglied in diesem Förderverein sei.

Herr Landrat Makiolla teilt Herrn Barrenbrügge mit, dass über Mitgliedschaften des Kreises Unna in Vereinen der Kreistag zu beschließen habe. Er verstehe seine Frage als Anregung, sich mit dieser Angelegenheit näher zu befassen. Eine mögliche Mitgliedschaft in dem von ihm benannten Förderverein solle daher zunächst im Ausschuss für Bildung und Kultur thematisiert werden.

Punkt 3 117/16/1 Ersatzwahlen

Wahl

Für die Dauer der verbleibenden Wahlperiode des Kreistages werden folgende Ersatzwahlen zur Ausschussbesetzung vorgenommen:

Gremium	Funktion	bisheriges Mitglied	neues Mitglied
Jugendhilfeausschuss	stellvertretendes Mitglied für Rosemarie Böhme (Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW)	Peter Sylvester	Dorotheé Schackmann
Jugendhilfeausschuss	stellvertretendes Mitglied für Aileen Droll	Manuela Werbinsky	Renate Schmeltzer-Urban
Ausschuss für Bildung und Kultur	stellvertretendes Mitglied für Udo Holz	Manuela Werbinsky	Renate Schmeltzer-Urban
Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr	stellvertretendes Mitglied für Bernd Engelhardt	Manuela Werbinsky	Udo Holz
Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung	ordentliches Mitglied	Manuela Werbinsky	Martin Blom
Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung	stellvertretendes Mitglied für Angelika Chur	Martin Blom	Renate Schmeltzer-Urban

Wahlergebnis

einstimmig gewählt (ohne Mitwirkung LR)

Punkt 4 088/16 Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2016

Erörterung

Herr Meyer wiederholt seinen Hinweis aus dem gestrigen Kreisausschuss auf eine Formulierung auf Seite 13 im Budgetbericht. Dort werde als einer der wesentlichen Gründe für die positive Entwicklung der Kosten der Unterkunft die „ausgesprochen gute Verfassung des hiesigen Arbeitsmarktes“ genannt. Dies sei eine Bewertung, die er so nicht teilen könne, bei einer Arbeitslosenquote von 8,5 Prozent im Kreis Unna.

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk teilt mit, dass er bei separater Betrachtung dieser Formulierung Herrn Meyer Recht gebe. Die Aussage müsse hier jedoch im Gesamtzusammenhang gesehen werden. Gemeint sei damit eine vergleichsweise gute Entwicklung, da eine Arbeitslosenquote von unter 9 Prozent, eine vergleichsweise hohe Zahl von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und eine hohe Anzahl an nachhaltigen Integrationen, eine deutlich bessere Entwicklung im Vergleich zu den Vorjahren darstellen würden.

Der Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2016 wird zur Kenntnis genommen.

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass es zur Drucksache 111/16, die im Wesentlichen auf einem von SPD- und CDU-Fraktion erarbeiteten Text beruhe, Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe PIRATEN sowie der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm gebe. Zum weiteren Verfahren führt er aus, dass zunächst der Kreisdirektor in die Thematik einführen werde, dann würden SPD- und CDU-Fraktion ihren Text begründen, danach werde den Antragstellern Gelegenheit gegeben, ihre Anträge zu begründen und anschließend folge dann die Beratung. Die Abstimmungen würden später anhand der tabellarischen Zusammenstellung der Anträge erfolgen, die allen zur Verfügung gestellt worden sei.

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk nimmt Bezug auf die Sitzung der Strategiekommission am 23. Juni dieses Jahres, in der die Struktur der Gesamtstrategie für den Kreis Unna und die Festlegung von strategischen Handlungsfeldern beraten wurden. Verständigt habe man sich darauf, dass es zunächst neun Handlungsfelder geben solle, auf deren Ebene keine Priorisierung vorgenommen werde. Vereinbart worden sei weiterhin, dass man Formulierungen zu einer Vision, zu übergreifenden Leitsätzen und zu Leitsätzen für die Handlungsfelder benötige. Als dritter Punkt sei vereinbart worden, mit dem Handlungsfeld „Wirtschaft und Arbeit“ zu beginnen. Das Ergebnis der politischen Beratungen, die im Sommer stattgefunden haben, sei in die vorliegende Drucksache eingeflossen und stelle eine Grundlage dar, auf der man sehr gut weiterarbeiten könne. Die Drucksache selbst sei relativ kurz gehalten, in der Anlage zur Drucksache würden die Dinge dann ausgeführt. Dieses Prinzip wolle man so beibehalten, so dass die Anlage zukünftig dann thematisch wachse. Die Verwaltung habe den Sommer über das Thema weiter aufbereitet, so dass man bereit sei, es im Rahmen der Haushaltsberatungen in den Fraktionen und Gruppen zu diskutieren, da bei der Beschlussfassung des Haushaltes am 13. Dezember dann auch schon erste Auswirkungen der wirkungsorientierten Steuerung im Haushalt sichtbar werden sollen.

Brigitte Cziehso hebt hervor, dass dieser Kreistag es bei allem Ringen um politische Positionen immer geschafft habe, große Projekte gemeinsam zu schultern und mit großer Geschlossenheit auch in die Tat umzusetzen. Die Einführung der Wirkungsorientierten Steuerung sei ein solches Projekt, bei dem es gelte, einen großen Konsens untereinander zu finden und mit knappen Ressourcen eine größtmögliche Wirkung zu erzielen. Um dieses neue System auf den Weg zu bringen seien die Formulierung einer Vision und die Benennung von Handlungsfeldern, beides jeweils begleitet durch Leitsätze und Handlungsziele, erforderlich gewesen. Dies sei bisher ein hartes Stück Arbeit gewesen und SPD- und CDU-Fraktion hätten dabei ihre Formulierungen mit Bedacht gewählt. Es seien alle aufgerufen gewesen, ihre Positionen mit in den Prozess einzubringen, was sie auch getan hätten. In die Sitzungsvorlage habe jedoch nicht alles einfließen können, so dass es nun noch Änderungsanträge gebe. Festzustellen sei jedoch, dass man sich im Grundsatz einig sei, die Wirkungsorientierte Steuerung einführen zu wollen. Bei der Formulierung von Visionen liege man dicht beieinander und die Struktur stehe. Die Handlungsfelder seien sauber definiert und offensichtlich auch unstrittig. Bei den Leitsätzen zu diesen Handlungsfeldern gebe es offensichtlich Differenzen, die nun in den vorliegenden Änderungsanträgen angesprochen würden.

Vorwegnehmen wolle sie, dass man aus unterschiedlichen Gründen nicht allen Änderungsvorschlägen zustimmen werde. Sie nenne dazu drei Beispiele. So solle erstens das „Lebenslange Lernen“ nach Meinung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Handlungsfeld Bildung verankert werden. Darin sehe man kein zentrales Handlungsfeld des Kreises, sondern eher der Kommunen. Zweitens würden die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Linksfraktion im Handlungsfeld „Wirtschaft und Arbeit“ alle Instrumente nutzen wollen, um neben sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen auch „auskömmliche“ Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Wenn mit diesem Begriff gemeint sei, dass die Menschen von ihrer Arbeit auch leben

könnten, ohne zusätzlich Leistungen des Staates in Anspruch zu nehmen, dann stimme man dem zu und frage, welche Instrumente es gebe, um dieses Ziel zu erreichen. Mittelfristig sehe man ein solches Instrument in der Wirtschaftsförderung, bei der Ansiedlung und Bestandspflege von Unternehmen und damit von Arbeitsplätzen, und da hole man gerade enorm auf. Nur leider wisse man auch, dass für die wirklich zukunftssicheren und „auskömmlichen“ Arbeitsplätze oft qualifizierte Mitarbeiter fehlten. Drittens beantrage die Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm im Handlungsfeld Bildung, die Aussage: „orientiert an den Anforderungen der Wirtschaft“ zu streichen. Dies könne man tun. Wenn man den Menschen aber die Arbeitsplätze bieten wolle, die sie zu Recht einforderten, dann müssten sie das können, was die Wirtschaft brauche. Man sei auch für einen ganzheitlichen Bildungsansatz, hier aber stehe die Entwicklung von kreiseigenen Kernprodukten im Mittelpunkt.

Diese Beispiele zeigten, dass man noch lange diskutieren könne, sich im Kern aber einig sei und nur an einigen Punkten noch ein paar Unschärfen habe. Dies läge aber auch am Stand des Verfahrens und gehe an dieser Stelle nicht anders. Der Prozess sei so angelegt, dass in der weiteren Abfolge noch sehr konkrete, einzelne Schritte hin zu konkreten Maßnahmen zu machen seien und daher somit noch ausreichend Gelegenheit bestünde, die Positionen auszutauschen. Die Zusage gelte, dass nichts von dem, was in die Diskussion eingebracht und beantragt worden sei, verloren gehe und später mit behandelt werde. Aber das nach vielen Gesprächen, Vorschlägen und Änderungen heute zur Beschlussfassung vorliegende Papier stelle aus Sicht von SPD- und CDU-Fraktion eine gute und tragfähige Grundlage für dieses Projekt dar, um mit der Arbeit beginnen zu können und zwar mit dem Handlungsfeld „Wirtschaft und Arbeit“, da man der Ansicht sei, dass dies die höchste Priorität für die Menschen in der Region habe. Die Gründe dafür, dieses Handlungsfeld zum ersten Erprobungsfeld für die Wirkungsorientierte Steuerung zu bestimmen, lägen in der Schaffung und Sicherung von qualifizierten Arbeitsplätzen. Hier müsse man weiter handeln und die spürbaren Verbesserungen weiter ausbauen. Dies könne man auch für alle anderen Handlungsfelder reklamieren, aber man dürfe sich in dem Prozess auch nicht übernehmen. Die Umsetzung werde sich nicht in allen Bereichen von heute auf morgen durchführen lassen, daher wolle man sich zunächst auf dieses Schlüsselthema konzentrieren.

Sie bedanke sich bei allen für die Mitwirkung, bei Politik wie Verwaltung, und appelliere an den Kreistag, ein Zeichen der Geschlossenheit in Richtung Weiterarbeit mit der Wirkungsorientierten Steuerung zu geben und bitte daher um Zustimmung zur vorliegenden Drucksache, auch wenn zu diesem Zeitpunkt nicht alle Änderungswünsche darin berücksichtigt worden seien.

Herr Jasperneite führt aus, dass man sich mit der Wirkungsorientierten Steuerung auf einem guten Weg befinde. Im September letzten Jahres seien bereits die grundsätzlichen Ziele festgelegt worden und er hoffe, dass heute auch mit großer Mehrheit die Präzisierungen, die den Sommer über dazu erarbeitet worden seien, beschlossen würden.

Es bestehe doch Einigkeit darüber, dass man den Kreis Unna weiterhin zum Guten verändern wolle und dass das wirkungsorientierte Verwaltungshandeln das richtige Instrument dafür sei. Dabei habe das Thema Wirtschaft und Arbeit die höchste Priorität für das zukünftige Handeln. Es gebe im Kreis Unna mehr als 20.000 Bedarfsgemeinschaften, und es würden zwischen 25.000 bis 30.000 neue Arbeitsplätze im Kreis Unna benötigt, um den Bundesdurchschnitt zu erfüllen. Das seien die Dimensionen, in denen man zurzeit handeln müsse. Dazu müsse man alle zur Verfügung stehenden Ressourcen nutzen, und insbesondere bei den sehr eingeschränkten finanziellen Ressourcen, habe man die Pflicht, wie es bei der Wirkungsorientierten Steuerung erforderlich sei, Prioritäten zu setzen und Ziele zu formulieren, um die wenigen Mittel nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern ganz gezielt einsetzen zu können.

Wichtig sei auch, das Thema Wirkungsorientierte Steuerung in die Städte und Gemeinden des Kreises zu tragen und diese für eine Einführung zu interessieren. Auch er bitte daher im Namen seiner Fraktion um Zustimmung zur Drucksache, die die Fraktionen von SPD und CDU gemeinsam federführend gestaltet hätten.

Herr Goldmann geht darauf ein, dass in der Sitzung der Strategiekommission im Juni die SPD- und CDU-Fraktion von der Verwaltung die Aufgabe übernommen hätten, die Steuerung des weiteren Prozesses mit allen politischen Kräften des Kreistages zu gestalten. Auf der Grundlage dieser gemeinsam getroffenen Entscheidung habe seine Fraktion noch weit vor Beginn der Sommerferien CDU und SPD die ersten Vorschläge übermittelt und darum gebeten, umgekehrt genauso zu verfahren. Über die gesamte Phase der Sommerferien habe es weder von der SPD- noch von der CDU-Fraktion eine Reaktion gegeben. Mitte August sei dann eine unvollständige, zwischen SPD und CDU abgestimmte Version eingegangen und eine verabredete gemeinsame Besprechung am 23.08.2016 abgesagt worden. Der Formulierung in der Drucksache: „Die Fraktionen SPD und CDU haben auf Grundlage eines vorab erarbeiteten Vorschlags die Gestaltung des Prozesses übernommen und in Abstimmung mit den anderen Fraktionen und Gruppen einen gemeinsamen Vorschlag erarbeitet.“ sei dieses Verfahren aus seiner Sicht nicht einmal ansatzweise gerecht geworden.

Die Anträge und Stellungnahmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, FW und GFL-Lünen/UWG-Selm ließen deutlich erkennen, dass für sie der Mensch im Mittelpunkt der Gesamtstrategie stehe und nicht - wie in der Drucksache - die wirtschaftsfreundliche Ausrichtung des Kreises, so wichtig diese auch sei. Es habe Zeiten gegeben, wo der Aspekt der sozialen Gerechtigkeit, gleiche Bildungschancen und Teilhabe eine herausragende Bedeutung gehabt hätten. Der Begriff der Nachhaltigkeit, auf den man sich im Rahmen internationaler Verpflichtungen verständigt habe, finde sich in dieser Drucksache nicht an einer einzigen Stelle wieder. Unter dem Handlungsfeld „Natur, Umwelt, Landwirtschaft“ stehe nicht eine einzige Perspektive, kein einziges Entwicklungsziel. Jetzt, da es um Leitbilder gehe, sei genau der richtige Zeitpunkt, entsprechende Signale zu setzen und diese wichtigen Zielsetzungen auch zu beraten und zu verabschieden.

Man werde gleich im Rahmen der Abstimmungen über die Anträge sehen, wie sich die unterschiedlichen Positionen der im Kreistag vertretenen Parteien und Gruppierungen darstellten. Er könne jedoch versichern, auch wenn man dieser Drucksache letztlich nicht zustimmen werde, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Prozess weiterhin begleiten werde.

Frau Lipke weist darauf hin, dass die Eingaben der GFL-Lünen/UWG-Selm an SPD und CDU so frühzeitig wie nur möglich erfolgt seien, und falls aus ihrer Fraktion im Vorfeld Zustimmung signalisiert worden sei, könne dies nur vor Kenntnisnahme dieser Verwaltungsdrucksache gewesen sein, da diese leider anders ausgefallen sei als gedacht. Ihre Fraktion sei durchaus auch für den Konsens, und daher hätte man in der Drucksache gerne einige Punkte ändern wollen, die ihrer Fraktion sehr wichtig seien.

Als Beispiel wolle sie den Nordkreis nehmen. Dort gebe es große energieintensive Industrieunternehmen und nicht nur in Lünen, Werne und Selm, sondern auch in der angrenzenden Region. Vor diesem Hintergrund müsse nach Meinung ihrer Fraktion im Handlungsfeld „Wirtschaft und Arbeit“ unbedingt eine Energiewende eingefordert werden, ansonsten könne man dies auf keinen Fall mittragen. Sie hoffe zumindest zu diesem Punkt ihres Antrages auf Zustimmung. Außerdem weise sie darauf hin, dass unter Punkt 5 der tabellarischen Zusammenstellung (Leitsätze für Handlungsfeld „Bildung“, Punkt 1) der Antrag ihrer Fraktion nur zur Hälfte aufgeführt sei.

Herr Klostermann erinnert an die erstmaligen Ausführungen durch Herrn Kreisdirektor Dr. Wilk zur Einführung einer Wirkungsorientierten Steuerung beim Kreis Unna. Das Verwaltungshandeln wie auch das Handeln der Politik solle strategisch an Zielen und Kennzahlen ausgerichtet werden und diese Ziele dann zu einer Gesamtstrategie zusammengeführt werden. Die gemeinsam zwischen Politik und Verwaltung formulierten Ziele sollten dazu benutzt werden, den finanziellen und personellen Ressourcenverbrauch genau daran auszurichten. Es sei ausführlich über die Präsentation im Kreis Lörrach berichtet worden, wo die Wirkungsorientierte Steuerung bereits praktiziert werde und an dessen Konzept man sich orientiere. Mit der Drucksache 106/15 sei die Basis für die Umsetzung im Kreis Unna beschlossen worden. Dort sei nachzule-

sen: „Politik und Verwaltung passen den Ressourcenverbrauch den strategischen Zielen an. Eine Gesamtstrategie beinhaltet keine Fülle von Zielen, sondern eine Fokussierung auf wesentliche strategische Ziele. Dies setzt voraus, dass Prioritäten und Nachrangigkeiten gesetzt werden.“

Bereits in seiner letztjährigen Haushaltsrede habe er versichert, dass die FDP-Fraktion die Einführung der Wirkungsorientierten Steuerung unterstützen werde. Er habe aber auch darauf hingewiesen, dass zunächst die Kernfrage geklärt werden müsste, die maßgeblich die Festsetzung der strategischen Ziele beeinflussen würde: „Möchte der Kreis Unna zum einen für Menschen und Unternehmen interessant und lebenswert sein, die hier bei uns Arbeitsplätze schaffen und zum anderen für die Menschen, die diese Arbeitsplätze annehmen oder möchte sich der Kreis Unna weiterhin auf dem Weg zum sozialsten Kreis in der Region machen und dauerhaft unter den Soziallasten zusammenbrechen? Eine erfolgreiche Einführung mit klaren Formulierungen dieses Systems im Kreis Unna wäre nur bei einer klaren Entscheidungsmehrheit möglich gewesen. Nur in diesem Fall hätte es eine klare Ausrichtung und deutliche Priorisierung von Zielen und damit eine Beantwortung der o.g. Kernfrage geben können. Diese Mehrheit gebe es aber im Kreistag nicht und daher hätten sich SPD und CDU auf den bekannten kleinsten gemeinsamen Nenner einigen müssen. Die strategischen Ziele seien so abstrakt geblieben, dass sich daraus keine konkreten Handlungsweisen ableiten ließen. Eine Priorisierung der strategischen Handlungsfelder bzw. der handlungsfeldbezogenen Leitsätze wie in Lörrach habe sich nicht herbeiführen lassen. Auf der Strategiekonferenz habe von vornherein festgestanden, dass es keine Prioritätenfestsetzungen auf der strategischen Ebene geben werde. Stattdessen sei von SPD und CDU zugesichert worden, dass möglichst alle Fraktionen und Gruppen mitgenommen werden sollten und deren Vorstellungen im Konzept Berücksichtigung fänden.

Bevor man sich weiter mit Begrifflichkeiten und Satzstellungen auseinandersetze, sei es besser, endlich zu einer Beschlussfassung zu kommen. Die FDP-Fraktion werde das vorgelegte Gesamtkonzept mittragen, allerdings könne man sich kaum vorstellen, wie Verwaltung und Politik mit diesem schwammigen Konzept wirkungsorientiert steuern wollten.

Herr Ross führt in Ergänzung zum gemeinsamen Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN aus, dass das Thema "Lebenslanges Lernen" durchaus mit Aufgabe des Kreises sei. Per Definition umfasse es alles Lernen während des gesamten Lebens, die Verbesserung von Wissen, Qualifikation und Kompetenzen. Der Kreis sei genau dabei schon großer Akteur. Dazu müsse man sich nur die einzelnen Ziele aus dem 2. Nachhaltigkeitsbericht ansehen, die sich der Kreis gegeben habe: Sprachbildung im Vorschulbereich für gleiche Startbedingungen, Zusammenhang von schulischem Bildungserfolg und sozialer Herkunft zur Vermeidung von Ungleichheiten, Übergang Schule und Beruf, Beteiligung von Personen ohne oder mit niedrigen Bildungsabschlüssen an Angeboten beruflicher und allgemeiner Weiterbildung. Nach der Definition gehöre sogar die Frühförderereinrichtung dazu, wo betroffene Kinder von Geburt bis zum Zeitpunkt der Einschulung unterstützt und gefördert werden könnten.

Ein weiteres Beispiel sei auch das Projekt „Bildung integriert - Bildungsmonitoring und Bildungsmanagement“. In der ergänzenden Begründung zur Drucksache 098/16 heiße es: „Neben der Grundlage des lebenslangen Lernens wird der Schwerpunkt auf den Übergang Schule und Beruf gelegt.“ Das eine sei die Grundlage, das andere ein Schwerpunkt. Und weiter heiße es dort: „Insbesondere ist beabsichtigt, die bildungsrelevanten kommunalen Zuständigkeiten zusammen zu führen und die Akteure zu vernetzen.“ Wenn der Kreis etwas schon erfolgreich mache und auch zukünftig fördere, dann sollte er sich auch in den Leitsätzen dafür aussprechen.

Herr Sell erklärt, er stimme in vielen Punkten den Aussagen von Herrn Goldmann zu, insbesondere hinsichtlich seiner Kritik am Verfahren zur Erarbeitung des gemeinsamen Vorschlages in Abstimmung mit allen Fraktionen und Gruppen. Die Linksfraktion habe auch Anträge an die SPD-Fraktion und alle anderen geschickt. Sie bedanke sich bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den PIRATEN für die Übernahme einiger

ihrer Anregungen. Die Linksfraktion mache es auch von der Zustimmung oder Ablehnung zu den Änderungsanträgen abhängig, ob sie der Gesamtstrategie zustimmen werde. Was ebenfalls auch nicht heißen solle, dass man nicht weiter mitarbeiten werde.

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk spricht allen seinen Dank für die grundsätzliche Bereitschaft zur weiteren Mitarbeit am System der Wirkungsorientierten Steuerung aus. Er sei der Auffassung, dass man auf einem guten und vor allem richtigen Weg sei. In der Strategiekommision sei vereinbart worden, keine Priorisierung auf Ebene der Handlungsfelder - wie es in Lörrach gemacht worden sei - vorzunehmen, sondern erst auf einer weiteren, nächsten Ebene. Damit sei man den Wünschen von großen Teilen des Kreistages, auch denen der FDP-Fraktion, entgegengekommen. Im Übrigen liege es in der Natur der Sache, dass die Handlungsfelder und die entsprechenden Leitsätze noch relativ abstrakt seien. Sie seien aber notwendige Voraussetzung dafür, um auf der zweiten Strategieebene konkreter werden zu können. Die gemeinsame Verabredung sei, das System nun im Handlungsfeld „Wirtschaft und Arbeit“ anzuwenden und zu erproben, und da werde man dann in den herbstlichen Fraktions- und Gruppenberatungen feststellen können, wie konkret das Thema sehr wohl werden könne.

Herr Kampmann nimmt noch einmal Bezug auf den Antrag seiner Fraktion, der unter Punkt 5 (Leitsätze für Handlungsfeld „Bildung“, Punkt 1) der tabellarischen Zusammenstellung nachzulesen sei. Es sei ihnen wichtig, dass die Formulierung „orientiert an den Anforderungen der Wirtschaft“ gestrichen werde, denn es stehe nicht nur die Wirtschaft im Mittelpunkt, sondern auch der Mensch und der Wert Bildung. Der vollständige Antragstext müsse lauten: „Der Kreis Unna stellt die Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen sicher durch Förderung von Basiswissen und Grundkompetenzen mit entsprechenden Abschlüssen und fördert die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte.“ Diese Formulierung verdeutliche, was Ziel von Bildung sein solle und worauf zu achten sei. Die Förderung entsprechender sozialer Kompetenzen und von Basiswissen mit entsprechenden Abschlüssen sei auch die Grundlage dessen, was die Wirtschaft fordere. Er bitte, die korrekte Formulierung bei der Abstimmung zu berücksichtigen.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, erläutert Herr Landrat Makiolla das Abstimmungsverfahren anhand der tabellarischen Zusammenstellung, in der der Ausgangstext der Drucksache und die dazugehörigen Anträge, bewertet nach jeweiliger Tragweite, aufgeführt sind. Da es zum Verfahren keine Fragen gibt, beginnt Herr Landrat Makiolla das Abstimmungsverfahren.

Die unter den Ziffern 1 -12 und 14 -17 aufgeführten Anträge werden mehrheitlich nicht beschlossen. Der unter Ziffer 13 aufgeführte Antrag wird einstimmig beschlossen. Die tabellarische Zusammenstellung mit den einzelnen Abstimmungsergebnissen ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Landrat Makiolla schließt das Abstimmungsverfahren über die Änderungsanträge zur Drucksache 111/16 und teilt mit, dass nun über die Drucksache mit der zuvor beschlossenen Änderung abgestimmt werden müsse.

Frau Schneider beantragt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Sitzungsunterbrechung aufgrund Beratungsbedarfs. Herr Landrat Makiolla unterbricht die Sitzung daraufhin für eine kurze Pause.

Sitzungspause von 16.13 Uhr bis 16.24 Uhr

Herr Landrat Makiolla eröffnet die Sitzung wieder und lässt nun über die Punkte 1 bis 3 des Beschlussvorschlages der Drucksache 111/16 mit der beschlossenen Änderung in der Anlage abstimmen.

Beschluss

1. Den der Drucksache 111/16 als Anlage beigefügten Inhalten zur Entwicklung einer Gesamtstrategie für den Kreis Unna als Grundlage für die Einführung einer wirkungsorientierten Steuerung wird mit folgender Änderung zugestimmt:

Die Anlage zur Drucksache 111/16 (Gesamtstrategie für den Konzern Kreis Unna) erhält auf Seite 7 unter Punkt 1 der Leitsätze zum Handlungsfeld Gesundheit folgende Formulierung:

Der Kreis Unna

- fördert die präventive Gesundheitsarbeit und unterstützt die medizinische und pflegerische Versorgung unter Berücksichtigung der ländlichen Gebiete.

2. Der Landrat wird beauftragt, auf dieser Grundlage eine Gesamtstrategie für den Konzern Kreis Unna zu entwickeln.

3. Der Landrat wird beauftragt, im Produkthaushalt 2017 erste Ergebnisse wirkungsorientierter Steuerung für das Handlungsfeld „Wirtschaft und Beschäftigung“ darzustellen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (52 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, der Gruppe PIRATEN und Landrat, 12 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GFL/UWG, Linksfraktion und FW)

Punkt 5.1 120/16 Änderung der Anlage zur DS 111/16; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe PIRATEN

Erörterung

siehe unter Punkt 5

Beschluss

siehe Anlage zur Niederschrift

Abstimmungsergebnis

siehe Anlage zur Niederschrift

**Punkt 5.2 123/16 Änderung der Anlage zu DS 111/16;
Antrag der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm**

Erörterung

siehe unter Punkt 5

Beschluss

siehe Anlage zur Niederschrift

Abstimmungsergebnis

siehe Anlage zur Niederschrift

Punkt 6 092/16 Bildung einer Einigungsstelle nach § 67 LPVG

Beschluss

1. Im Einvernehmen mit dem Personalrat der Kreisverwaltung Unna werden Herr Wilhelm Kleimann, August-Wegmann-Str. 35, 44532 Lünen, zum Vorsitzenden und Herr Dieter Wiefelspütz, Wilhelmstr. 12, 44532 Lünen, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Einigungsstelle berufen.
2. Die Anzahl der Beisitzerinnen und Beisitzer wird im Einvernehmen mit dem Personalrat auf 12 festgesetzt.
3. Der Kreistag benennt als oberste Dienstbehörde folgende Verwaltungsangehörige zu Beisitzern der Einigungsstelle:
Herrn Kreisdirektor Dr. Wilk
Herrn Appel, FD 10
Herrn Gutzeit, FD 11
Herrn Ponto, FD 10
Frau Bierwolf-Siegrist, FD 11
Frau Wiggeshoff, FD 11

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 7 097/16 Errichtung des dreijährigen vollzeitschulischen Bildungsganges "Allgemeine Hochschulreife (Gesundheit)" gemäß Anlage D der APO-BK am Märkischen Berufskolleg Unna zum Schuljahr 2017/2018

Beschluss

Zum Schuljahr 2017/2018 wird der dreijährige vollzeitschulische Bildungsgang "Allgemeine Hochschulreife (Gesundheit)" gemäß Anlage D der APO-BK am Märkischen Berufskolleg des Kreises Unna in Unna errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 8 098/16 Projekt "Bildung integriert - Bildungsmonitoring und Bildungsmanagement"

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist daraufhin, dass der Ausschuss für Bildung und Kultur in seiner Sitzung am 25.08.2016 die Beschlussempfehlung mit einer Ergänzung beschlossen habe. Dies habe gestern auch der Kreis Ausschuss getan. Hinter dem Wort „drittfinanzierte“ solle „für die Projektlaufzeit befristete“ ergänzt werden. Er lässt darauf hin über den ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss

Der Kreis Unna beteiligt sich an dem Projekt „Bildung integriert – Bildungsmonitoring und Bildungsmanagement“.

Der Landrat wird beauftragt, die personellen Ressourcen im Umfang von 1,5 Stellen zum 01.10.2016 bereitzustellen und im Stellenplan 2017 als zu 50 % drittfinanzierte, für die Projektlaufzeit befristete Stellen abzubilden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 9 073/16 Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Aufgabenübertragung in der Kriegsofopferfürsorge und in der Unterhaltssicherung (USG)

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, eine Aufhebungsvereinbarung zu der „öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Aufgabenübertragung in der Kriegsofopferfürsorge und in der Unterhaltssicherung“ vom 01.01.2003 mit der Stadt Lünen und der Stadt Unna abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 10 094/16 Errichtung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) für die Aufgabe des Sammelns und Transportierens von Abfällen in der Trägerschaft der Gemeinden Bönen und Holzwickede sowie des Kreises Unna

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass die SPD-Fraktion zur Wahl in den Verwaltungsrat der Anstalt öffentlichen Rechts Herrn Norbert Enters als ordentliches Mitglied und Herrn Theodor Rieke als stellvertretendes Mitglied vorschlägt. Hier gehe es um die Beschlussfassung unter Ziffer 3 des Beschlussvorschlages und er bittet Herrn Jasperneite um Benennung der noch ausstehenden Personenvorschläge für die CDU-Fraktion. Herr Jasperneite schlägt Herrn Wilfried Feldmann als ordentliches Mitglied und Herrn Dieter Kleinwächter als stellvertretendes Mitglied vor. Herr Landrat Makiolla bittet dann Herrn Goldmann, seine Frage aus dem gestrigen Kreisausschuss zu wiederholen, deren Beantwortung ihm für heute zugesagt worden sei.

Herr Goldmann erklärt zunächst, dass seine Fraktion es sehr positiv bewerte, dass die Gründung dieses gemeinsamen Kommunalunternehmens nach doch langjährigen Bemühungen nun gelungen sei, wenn auch aktuell erst einmal nur mit zwei Gebietskörperschaften. Seiner Frage von gestern wolle er in dem Zusammenhang noch zwei weitere voranstellen: Wie der aktuelle Sachstand hinsichtlich einer möglichen Erweiterung sei und wie die Verwaltung insbesondere die Rolle der Stadt Unna in diesem bisherigen Prozess bewerte. Gestern sei es um den § 7 Abs. 2 lit. a) und b) der Satzung für das gemeinsame Kommunalunternehmen gegangen (s. Anlage zur DS 094/16). Dort sei formuliert, dass der Verwaltungsrat zu entscheiden habe über Beitritte aus der Trägerschaft, bzw. Auflösung der Anstalt. Mit Hinweis auf den § 12 dieser Satzung sei man der Meinung, dass das in die originäre Zuständigkeit der beteiligten Gebietskörperschaften fiele und hier eigentlich nicht noch einmal als Aufgabe des Verwaltungsrates zu fassen sei.

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk führt aus, dass die AöR zunächst in der gegebenen ersten Aufstellung, mit den Gemeinden Holzwickede und Bönen und dem Kreis Unna, an den Start gehen werde. Es gebe durchaus

weitere kreisangehörige Kommunen, die zurzeit aber erst einmal mit einem interessierten Blick die Vorgänge beobachteten. Konkret auf die Stadt Unna wolle er nicht eingehen. Bei der angesprochenen Regelung in der Satzung gehe es um die Möglichkeit, dass es zu Beitritten im vorgenannten Sinne oder auch zur Auflösung der Anstalt kommen könne. Im Endeffekt seien immer die Vertretungskörperschaften, also Kreistag oder die beiden Gemeinderäte, diejenigen, die darüber zu entscheiden hätten. Der Verwaltungsrat treffe keine rechtsverbindliche Entscheidung. Beschlüsse stünden immer unter dem Vorbehalt der vorherigen Zustimmung der jeweiligen Vertretungskörperschaft. Im Übrigen seien die Mitglieder, die in den Verwaltungsrat aus der Politik entsandt würden, weisungsgebunden, sodass sichergestellt sei, dass es zu keinen formell, von den Trägerkommunen abweichenden Entscheidungen kommen könne. Er empfehle dringend, sich hier nicht für eine Änderung der Satzung zu entschließen, da es bereits politische Beschlüsse in Holzwickede und in Bönen gegeben habe. Im Übrigen sei auch die Bezirksregierung Arnsberg im Sinne einer schnellen Errichtung dieser Anstalt des öffentlichen Rechts frühzeitig eingebunden worden und habe bereits Zustimmung signalisiert, wenn heute in der vorliegenden Fassung beschlossen würde. Es würde den Prozess jetzt an einer Stelle verzögern, die er für unkritisch halte und den Start zum 1. Januar 2017 gefährden.

Beschluss

1. Der Errichtung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) für die Aufgabe des Sammelns und Transportierens von Abfällen in der Trägerschaft der Gemeinden Bönen und Holzwickede sowie des Kreises Unna wird zugestimmt.
2. Die in der Anlage der Drucksache 094/16 abgedruckte Satzung für das gemeinsame Kommunalunternehmen „**GWA Kommunal Anstalt öffentlichen Rechts**“ wird beschlossen.
3. Der Kreistag wählt für die Dauer seiner Wahlzeit neben dem gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit Nordrhein-Westfalen (GkG NRW) als Mitglied bestimmten Landrat folgende Personen in den Verwaltungsrat der Anstalt öffentlichen Rechts:

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Norbert Enters	Theodor Rieke
Wilfried Feldmann	Dieter Kleinwächter

4. Gleichzeitig wird der Landrat beauftragt, alle weiteren zur Gründung des Kommunalunternehmens notwendigen Maßnahmen einschließlich der Beendigung gegebenenfalls bestehender Drittbeauftragungen zu vollziehen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (63 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, GFL/UWG, Linksfraktion, der Gruppe PIRATEN, der FW und Landrat, 1 Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Punkt 11 105/16

**Sachstandsbericht über die Weiterentwicklung des MVA Hamm-Verbundes;
Anpassung der Beteiligungsstruktur sowie der Gesellschaftsverträge der
MVA Hamm Eigentümer GmbH und der MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH**

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass der Ausschuss für Natur und Umwelt in seiner Sitzung am 05.09.2016 einstimmig eine ergänzte Beschlussempfehlung und der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben in seiner Sitzung am 14.09.2016 einstimmig eine unveränderte Beschlussempfehlung gefasst habe. Der Kreisausschuss habe sich gestern einstimmig darauf geeinigt, diesen Beschlussvorschlag ohne Änderung zu beschließen. Hintergrund sei, dass die zu fassenden Beschlüsse mit der Stadt Dortmund und Stadt Hamm abgestimmt seien und dies bei Änderungen erneut zu erfolgen hätte. Um mögliche Störungen des Verfahrens und zeitliche Verzögerungen durch die weitere Abstimmung von Detailpunkten zu vermeiden, werde vorgeschlagen, diesen Beschlussvorschlag auch im Kreistag ohne Änderung zu fassen. Die im Ausschuss für Natur und Umwelt formulierten Anliegen sollten jedoch weiter verfolgt werden. Danach solle die Einberufung des Fachbeirates postalisch und nicht per E-Mail erfolgen und über die Sitzungen des Fachbeirates ein Protokoll geschrieben werden. Er schlägt vor, dass die in den Fachbeirat entsandten Mitglieder damit beauftragt werden, diese Änderungswünsche vor Ort ins Gremium einzubringen. Der Verfahrensvorschlag findet die Zustimmung der Kreistagsmitglieder.

Beschluss

1. Der Erhöhung des Anteils der Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU) an der MVA Hamm Eigentümer GmbH (MVA E) von derzeit 16,26 % auf 31,95 % und des Anteils an der MHB Betriebsführungsgesellschaft mbH (MHB) von derzeit 1 % auf 31,95 % wird zugestimmt.
2. Den in der Anlage zur Drucksache 105/16 dargestellten Anpassungen der Gesellschaftsverträge der MVA E und der MHB wird zugestimmt. Gleichzeitig wird bereits jetzt Änderungen zugestimmt, die ggf. noch im Rahmen des kommunalaufsichtlichen Anzeigeverfahrens oder der notariellen Beurkundung erforderlich werden, solange diese die wesentlichen Regelungen der Gesellschaftsverträge nicht verändern.
3. Der Beendigung der Beteiligung der VBU an der MVA Hamm Betreiber GmbH und der MVA Hamm Betreiber Holding GmbH ab dem 01.01.2018 wird zugestimmt.

Den Vertretern des Kreises Unna in den Gremien der VBU und der betroffenen Tochtergesellschaften wird empfohlen, die erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 12 082/16

Gründung der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH und der Westfalentarif GmbH

Erörterung

Herr Stalz erklärt, dass er für die Freien Wähler der Drucksache zustimmen werde. Dies stelle eine erhebliche Verbesserung des Ist-Zustandes dar. Wegen des einheitlichen Tarifs werde es vermutlich nötig sein, die

Fahrkartenautomaten umzurüsten. Dabei sollte versucht werden, eine auch für ältere Personen komfortable und einfache Bedienoberfläche zu schaffen. Orientieren könne man sich da eventuell an denen des Verkehrsverbundes VRR.

Beschluss

- 1.a Der Gründung der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH, an der der Kreis Unna mittelbar beteiligt sein wird, wird auf der Grundlage des der Drucksache 082/16 als Anlage 1 beigefügten Gesellschaftsvertrages zugestimmt.
- 1.b Die kommunalen Vertreter des Kreises Unna werden beauftragt, alle erforderlichen Erklärungen zur Verwirklichung der in Ziffer 1.a beschriebenen Maßnahmen – insbesondere eine Zustimmung zum Abschluss des der Drucksache 082/16 als Anlage 1 beigefügten Gesellschaftsvertrags – abzugeben.
- 1.c Die Beschlussfassungen zu den Ziffern 1.a und 1.b stehen unter dem Vorbehalt des positiven Abschlusses des Anzeigeverfahrens bei der zuständigen Bezirksregierung.
- 1.d Der Kreistag des Kreises Unna beschließt die Bestellung des Geschäftsführers der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH als Vertreter des Gesellschafters Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH in die Gesellschafterversammlung der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH.
- 2.a Der Gründung der WestfalenTarif GmbH durch die Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH, an der der Kreis Unna mittelbar beteiligt sein wird, wird auf der Grundlage des der Drucksache 082/16 als Anlage 2 beigefügten Konsortialvertrages und des der Drucksache 082/16 als Anlage 3 beigefügten Gesellschaftsvertrages zugestimmt.
- 2.b Die kommunalen Vertreter des Kreises Unna werden beauftragt, alle erforderlichen Erklärungen zur Verwirklichung der in Ziffer 2.a beschriebenen Maßnahmen – insbesondere eine Zustimmung zum Abschluss des der Drucksache 082/16 als Anlage 2 beigefügten Konsortialvertrags sowie des der Drucksache 082/16 als Anlage 3 beigefügten Gesellschaftsvertrags – abzugeben.
- 2.c Die Beschlussfassungen zu den Ziffern 2.a und 2.b stehen unter dem Vorbehalt des positiven Abschlusses des Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung Detmold.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 13 064/16 Neue VKU-Finanzierung / Refinanzierungsvereinbarung

Beschluss

Zur Finanzierung der Ausgleichsleistungen für die von der VKU erbrachten Verkehrsdienste im Kreis Unna wird der Landrat beauftragt, die der Drucksache 064/16 als Anlage 1 beigefügte Refinanzierungsvereinbarung zwischen dem Kreis Unna sowie den Städten und Gemeinden abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (61 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GFL/UWG, FDP, Linksfraktion, der Gruppe PIRATEN, der FW und Landrat, 1 Nein-Stimme der Fraktion GFL/UWG, 1 Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Punkt 14 093/16 Teilfortschreibung des Nahverkehrsplans (NVP) Kreis Unna; Beschluss über die Abwägung der Stellungnahmen

Beschluss

1. Der Nahverkehrsplan (Teilfortschreibung) wird mit dem Abwägungsergebnis zu den Stellungnahmen gem. Anlage 1 der Drucksache 093/16 beschlossen.
2. Der Landrat wird beauftragt, die Nahverkehrsplan-Teilfortschreibung unter Berücksichtigung der erfolgten Beschlüsse über die Abwägung kurzfristig redaktionell fertig zu stellen, die öffentliche Bekanntmachung zu veranlassen und den Nahverkehrsplan an die relevanten Träger öffentlicher Belange zu versenden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 15 099/16 Einführung einer Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für freilaufende Katzen; Anregung des Tierschutzvereins Unna e.V. gem. § 21 (1) KrO vom 21.07.2016

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist auf eine E-Mail-Nachricht der BUND-Kreisgruppe Unna an ihn hin, wonach diese die Anregung des Tierschutzvereins Unna ausdrücklich unterstützte.

Beschluss

Die Anregung wird zur fachlichen Prüfung an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz verwiesen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 16 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Sondersitzung des Kreistages am 29.11.2016

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass für Dienstag, 29.11.2016, 15 Uhr vorsorglich eine Sondersitzung des Kreistages terminiert worden sei. Hintergrund sei, dass zurzeit Fusionierungsgespräche zwischen der Sparkasse Fröndenberg und der Sparkasse Unna-Kamen geführt würden, mit dem Ziel einer Fusion zum 01.01.2017. Für die Umsetzung dieses ambitionierten Zeitplans müssten innerhalb bestimmter Zeit entsprechende Beschlüsse sowohl in den Räten der betroffenen Kommunen, (Kamen, Unna, Holzwickede, Fröndenberg) als auch im Kreistag gefasst werden. Die Sitzung werde nur bei Erfolg der Gespräche stattfinden.

2. Korrektur der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages vom 28.06.2016

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages vom 28.06.2016 einen Schreibfehler enthalte. Unter dem Tagesordnungspunkt 5 „Entwurf des Jahresabschlusses“ sei protokolliert worden, dass die Erhöhung der WFG-Verlustabdeckung im Haushaltsjahr 2015 um 221 Mio. Euro über den im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Maximalbetrag hinaus liege. Dies sei nicht richtig. Statt „221 Mio. Euro“ müsse es „212.000 Euro“ heißen. Der Betrag werde in der Niederschrift korrigiert.

3. Bündnis für Familie sucht Praxisbeispiele

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass das Bündnis für Familie unter dem Motto „Gutes Wohnen für Familien im Kreis Unna“ gute Praxisbeispiele für Nachahmer suche. Er bitte alle, sich des Themas anzunehmen, es auch in die Städte und Gemeinde mitzunehmen und jeden, der sich in dem Bereich engagiere, auf eine mögliche Beteiligung hinzuweisen.

Anlage

Zusammenstellung der Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe PIRATEN (DS 120/16) und der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm (DS 123/16) zur Drucksache 111/16 – Gesamtstrategie für den Kreis Unna

gez. Susanne Kronenberg
Schriftführerin

ges. Michael Makiolla
Vorsitzender